№ 259 Stg. 22 Sonntags-Ausgabe

Berlin

Sonntag, 3. Juni 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

400 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreis für Juni 9600 M. bei Zustellung durch eigene Boten. Durch die Post 8000 M. Unter Streifband 12000 Mark im Inland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 600 Mark die mm-Zeile, Familienanzeigen 180 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3663 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Staat oder Industrie?

Von

Georg Bernhard.

Der Dollar 80 000 und die österreichische Krone Edelvaluta! Eine traurige Schlußbilanz des schönen Monats Mai. Ein vielversprechender Beginn für den Juni! Soll das nun fortgesetzt werden? Mag sich somit sich in Deutschland wie einst in Oesterreich so sehr bereits an die Geldentwertung und ihre Folgen gewöhnt zu haben, daß man auf solche Fragen nur noch achselzuckend antwortet: „Was soll man tun; die Franzosen wollen es eben nicht anders." Gewiß tragen die Franzosen mit ihrer Gewaltpolitik an der Ruhr viel dazu bei, das deutsche Wirtschaftsleben und die deutsche Politik in dauernder Unruhe zu halten. Aber noch viel größere Schuld tragen sie an der Befestigung einer Gemütsstimmung, die das deutsche Volk willenlos jenen Elementen ausliefert, die an der Markentwertung ein Interesse haben, und die ganz Deutschland als selbstverständlichen Tummelplatz für die schrankenlose Befriedigung ihrer privatwirtschaftlichen Wünsche betrachten. Mit einem ganz merkwürdigen Geschick hat die französische Politik es verstanden, immer gerade dann wieder irgendein Meisterstück zu verüben, das Unruhe in Deutschland verbreitete, wenn diese Propagandisten einer schrankenlos „freien Wirtschaft" wieder einmal eine Ausrede brauchten, um wirksame Maßnahmen für die Sanierung der deutschen Wirtschaft zu hintertreiben. Immer gab es auf diese Weise in Deutschland irgendeine Aktion, die notwendig vorgenommen werden und für die der Stabilisierungsapparat eingespannt werden mußte. Und immer wieder hieß es dann: solange das Loch da vorhanden, solange der Kampf dort zu führen, so lange diese Fragen nicht gelöst, solange über jenes Problem nicht Einverständnis erzielt worden sei, solange müsse eben mit der Ordnung in Deutschland gewartet werden. Und wenn man behauptete, daß diese Löcher gewiß gefährlich, jene Kämpfe natürlich inflationsfördernd, alle ungelösten und offenen Probleme und Fragen gewiß nicht gerade leicht zu lösen wären, daß das alles aber doch nicht hindern könnte, zunächst einmal diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die wenigstens die Wirkung jener Löcher, Kämpfe und Probleme einschränken, so wurde aus der Handelsbilanz, aus der Zahlungsbilanz, aus der Produktionsstatistik mit allen Kniffen und Pfiffen nachgewiesen, daß doch nichts helfe und daß man eben abwarten müsse. Und so ist der Dollar von 300 auf 1000, von 1000 auf 3000, von 3000 auf 7000 und, seit die Regierung Cuno im Amt ist, sogar von 7000 auf 80 000 gestiegen. So hat sich allein in den letzten Monaten die schwebende Schuld des Reiches von 1000 Milliarden auf 9000 Milliarden vermehrt, so sind die Bilanzziffern der Unternehmungen in die vielen Milliarden hineingewachsen und die Privatvermögen einzelner deutscher Industrieherrscher weisen beinahe dieselben Zahlen auf wie das Defizit des deutschen Reichsbudgets. Plus und Minus sind vollkommen vertauscht. Der Staat wird immer weiter ausgepowert und einzelne Privatleute wissen nicht mehr, wo sie mit ihrem Gelde hinsollen.

*

Leugnet jemand, daß so die Zeiten aussehen? Selbst die Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie, die inzwischen im Wortlaut hier veröffentlicht wurde, trägt der Psychologie der Massen, die aus solchen Vorgängen resultieren muß, äußerlich Rechnung. Denn sie spricht von Opfern, die die Gesamtheit und in ihrem Rahmen auch Handel und Industrie bringen müssen. Aber wenn man die Bereitwilligkeitserklärung zu solchen Opfern vergleicht mit dem Opferangebot, das hinterher spezialisiert wird, so wird man lebhaft erinnert an die Pariation, die ein witziger Berliner politischer Jurist einst zu dem bekannten französischen Schlagwort erfand: „Immer davon reden, nie daran denken!" Wenn man den Wortlaut der Kundgebung des Reichsverbandes der Industrie liest, so wird der Eindruck eher noch schlimmer, als man ihn nach der Veröffentlichung der ersten Auszüge aus seinen praktischen Vorschlägen empfing.

*

Allerdings in einer Beziehung wird man das Urteil ändern müssen. Man gewinnt die Ansicht, daß die Widersprüche des Wortlautes, der Gegensatz von vorn und hinten sich zu einem Teil daraus erklären mögen, daß man es hier mit einer Kompromißarbeit zu tun hat, die vermutlich aus hartem Kampf heraus gewachsen ist. Schon wenn man die Unterschriften der Mitglieder des Präsidiums Revue passieren läßt, wird einem klar, daß verschiedene Ansichten und Interessen hart miteinander gerungen haben müssen, bevor dies Dokument zustande kam. Manch einer, der darunter steht, hat vielleicht schließlich nur eingewilligt, weil er den Anfang zu positiver Mitarbeit und ein ausbaufähiges Minimum in den Vorschlägen sah. Der Reichsverband der deutschen Industrie ist ja die Spitzenorganisation, der die Verbände der namhaftesten Industriezweige umfaßt. Und sein „Reichsverband" und „Bund der Industriellen" sich verschmolzen, ist es dem großen Verbande gelungen, Urindustrie und Fertigindustrie gemeinsam in seinen Rahmen zu spannen. Dadurch sind hier Gegensätze vereinigt worden, die sich auf die Dauer gar nicht überbrücken lassen. Naheheimlich ist es als ein Wiederaufbrechen dieser Gegensätze schon anzusehen gewesen, daß vor kurzem ein interner Kampf innerhalb des Reichsverbandes entbrannte, dem schließlich einer der alten Syndici des Bundes der Industriellen zum Opfer fiel. Das bedeutete den Sieg einer Führung, die rein schwerindustriell eingestellt ist. Aber dadurch sind natürlich die Gegensätze nicht zum Schweigen gebracht. Die Tatsache, daß immer wieder die gleichen paar Männer im Namen der Industrie das Wort führen und als die Führer der Industrie bezeichnet werden, hat im Ausland, aber auch im Inland den Eindruck erweckt, als ob die deutsche Industrie etwas Einheitliches sei, und als ob namentlich die politische Stellung dieser paar Männer die politischen Pläne der gesamten deutschen Industrie darstelle. Davon kann aber keine Rede sein. Man braucht sich ja nur einmal die Wirkung der Geldentwertung auf die einzelnen Industriezweige und die einzelnen Industrieunternehmungen anzusehen, um zu erkennen, wie ganz außerordentlich verschieden die Industrie mit ihrem Wohl und Wehe gelagert ist. Die verarbeitende Industrie insbesondere wird mit der zunehmenden Geldentwertung in eine immer schwierigere Lage gedrängt. Für sie herrscht Kreditnot. Sie weiß sich zu einem Teil des Ansturms der durch die Inflation täglich verneuerten Riesenziffernmassen gar nicht mehr zu erwehren. Bei ihr ist natürlich auch die Preisüberwälzung erheblich schwieriger. Die Unternehmer der Schwerindustrie sind gerade in dieser Beziehung viel günstiger daran. Aber in ganz besonderer Lage sind die paar Persönlichkeiten in Deutschland, für die erst in zweiter Linie der Ertrag der Unternehmungen für die Vermögensbildung in Frage kommt, die vielmehr in erster Linie interessiert sind an den großen Finanzgewinnen, die aus der Konzern- und Kombinationsbildung stammen. Sie kaufen mit Bankschulden die Sachwerte zusammen. Ihnen kommt in erster Linie die Tatsache zugute, daß die deutschen Aktien — selbst diejenigen, die anscheinend hoch stehen — noch nicht annähernd auf dem Stand der Dollarparität angelangt sind. Was für solche Transaktionen die Milliardengewinne bedeuten, die sich ergeben, wenn die Mark sich um 50 v. H. innerhalb eines Monats entwertet, d. h. wenn ihre Schulden um die Hälfte weniger werden, wenn sie mit diesen Schulden Sachgüter unter dem wirklichen Wert zusammengekauft haben, und welche hohen Rentabilitäten selbst bei eintretender schlechter Konjunktur aus diesen Sachwerten noch übrigbleiben, bedarf ja wohl kaum noch einer besonderen Erläuterung. Die wenigen Gruppen mit solchen Interessen führen vielleicht nicht allein den Reichsverband der deutschen Industrie. Aber sie haben jedenfalls einen weit über ihre Zahl hinausgehenden Einfluß auf ihn. Und sie geben den Ton seiner Kundgebungen an, die schließlich um der lieben Einigkeit willen auch von Männern unterzeichnet werden müssen, die anderen Geistes, anderen Sinnes und von ganz anderen Interessen bewegt sind. Es wiederholt sich hier eben die Erfahrung, die in den Lehren der Völkerpsychologie schon lange verwertet worden ist, daß nämlich die Organisation der vielen etwas anderes ist als die Summe der vielen einzelnen, daß Organisationen ihr Eigenleben führen und daß ihre Lebensäußerungen nicht immer die Aeußerungen des Lebensinteresses des Durchschnittes ihrer Mitglieder sind.

*

In dem Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie werden staatsrechtliche Lehren vertreten, die nicht bloß staatsrechtlich falsch, sondern gerade in der augenblicklichen Situation Deutschlands politisch nahezu gemeingefährlich sind. Der Reichsverband erklärt sich, wie noch erinnerlich sein dürfte, unter der Voraussetzung zu einer Garantie der Repa-

Baldwin reist nach Paris?

Frankreich wünscht „intime" Besprechungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 2. Juni.

Der Londoner Berichterstatter des „Temps" meldet, es verlaute, daß Stanley Baldwin gern nach Paris käme, um mit Poincaré über die Reparationsfrage zu sprechen, falls er darauf rechnen könnte, daß seine Reise politische Ergebnisse haben könnte. Der „Temps" leitartikelt unter Hinweis auf diese Meldung unter der Ueberschrift: „Wird Herr Stanley Baldwin nach Paris kommen?" Er stellt dabei fest, daß die französische Regierung bis jetzt von einer derartigen Absicht des englischen Premierministers nicht unterrichtet worden ist, und er äußert weiter die Hoffnung, daß Baldwin nach Eingang der neuen deutschen Note eine „intime" Unterhaltung mit Poincaré haben wird. An amtlicher Stelle lehnt man jede Aeußerung über diese Frage ab. In politischen Kreisen glaubt man, daß es sich um einen französischen Versuchsballon handelt.

Man wird in dieser Auffassung bestärkt durch eine Meldung des Pariser „Times"-Korrespondenten, der einen „vollständig freimütigen" Meinungsaustausch Frankreichs und Belgiens mit England als ausgiebigst bezeichnet.

Am Freitag wurde bereits unter Hinweis auf einen Artikel der „Opinion" berichtet, daß Frankreich in London mitgeteilt habe, es sei bereit, an „geheimen und vertraulichen" Beratungen über die Reparationsfrage teilzunehmen.

In hiesigen politischen Kreisen weiß man nichts von der Anwesenheit deutscher Wirtschaftsvertreter in Paris, die nach einer Meldung des Londoner „Daily Chronicle" hier angeblich das Terrain sondieren sollen. Am Quai d'Orsay wird versichert, es fänden zurzeit keinerlei deutsch-französische Verhandlungen statt.

Die anglo-französische Saar-Diskussion.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 2. Juni.

Die Nachricht eines Pariser Blattes, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und England über die Saargebietsfrage bevorstehe oder womöglich schon erzielt wurde, wird an amtlicher französischer Stelle nicht bestätigt. Richtig ist danach lediglich, daß der französische Botschafter in London im Foreign Office die Auffassung Frankreichs dargelegt hat. Dabei wurde offenbar festgestellt, daß eine Einigung über die bekannte Schutzverordnung der Saar-Regierung möglich ist, da Frankreich gegen die Milderung oder auch Zurückziehung dieser Verordnung, die von England beanstandet wird, nichts einzuwenden hat. Am Quai d'Orsay wird jedoch zugegeben, daß der englische Antrag einer vom Völkerbund anzuordnenden Untersuchung im Saargebiet nicht nur wegen dieser Verordnung gestellt wurde, sondern durch eine ganze Reihe von Punkten begründet worden ist.

Im hiesigen Ministerium des Aeußern spricht man über die französisch-englische Streitfrage mit großer Zurückhaltung. Man beschränkt sich auf die Auskunft, es sei wahrscheinlich, aber noch nicht sicher, daß dem englischen Botschafter in Paris eine schriftliche Antwort Frankreichs auf die englische Note überreicht wird. Ueber den voraussichtlichen Inhalt der französischen Antwort war bisher nichts zu erfahren. Eine Mitteilung des „Temps", nach der Frankreich die Absicht haben soll, die Zuständigkeit des Völkerbundes für die Anordnung einer Untersuchung im Saargebiet juristisch anzufechten, wurde heute abend am Quai d'Orsay nicht bestätigt. Es scheint, daß eine derartige Absicht auf französischer Seite zwar vorübergehend bestanden hat, aber dann wieder aufgegeben wurde, da die Abhängigkeit der Saar-Regierung vom Völkerbund nicht bestritten werden kann.

In hiesigen unterrichteten Kreisen wird offen zugegeben, daß Frankreich nur politische Gründe gegen den englischen Antrag geltend machen kann, und daß es sich im letzten Grunde um eine Machtfrage handelt. Frankreich wird, so verlautet hier, die Untersuchung auf keinen Fall zulassen, und würde im äußersten Falle eine vom Völkerbundrat entsandte Untersuchungskommission einfach am Betreten des Saar-Gebiets verhindern. Ferner würde Frankreich gleichfalls die Ersetzung des französischen Vorsitzenden der Saar-Regierung durch einen Nichtfranzosen nicht anerkennen, obgleich der Versailler Vertrag keine Bestimmung enthält, nach welcher der Vorsitzende ein Franzose zu sein hat, sondern nur ein, widerrufbarer, Beschluß des Völkerbundrats die Ernennung eines Franzosen zum Vorsitzenden der Saar-Regierung vorsieht.

Man nimmt in Paris durchaus nicht den Ernst der Fragen, die durch den englischen Antrag aufgerollt werden. Man will aber nicht an eine bedenkliche Zuspitzung des Konfliktes glauben, der zunächst Frankreichs Austritt aus dem Völkerbund zur Folge haben würde. Man erwartet vielmehr, daß eine gütliche Verständigung sich werde erzielen lassen und England seinen Antrag zurückzieht. An amtlicher französischer Stelle verweigert man jede Aeußerung über die voraussichtliche Weiterentwicklung der Angelegenheit.